

NIEDERSCHRIFT HFA/0017/2022

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 25.10.2022 im
Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Frau Heike Ahlers

Herr Marco Lennertz

Herr Peter Rose

Vertretung für Herrn
Matthias Ahlers

Herr Frederik Salomon

Vertretung für Herrn
Franz Josef Schulze
Thier

Herr Christoph Ueding

Frau Dagmar Caluori

Vertretung für Herrn
Thomas Jakobi

Herr Christof Peter-Dosch

Vertretung für Frau
Hanna Hüwe

Herr Carsten Rampe

Herr Thomas Tauber

Frau Iris Pawliczek

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:

Herr Niels Geuking

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing

Frau Marion Lammers

Herr Martin Struffert

Herr Jürgen Erfmann

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Die Vorsitzende Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Billerbeck auf dem Weg zur Smart City

Frau Dirks begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Marks vom Netzwerk Innenstadt NRW, welche anhand einer PowerPoint-Präsentation "Billerbeck auf dem Weg zu einer smarten Stadt – Stadtentwicklung im digitalen Zeitalter" die komplexen Themenfelder erläutert

Im Anschluss an die ausführliche Vorstellung wird den Ausschussmitgliedern Gelegenheit zur Diskussion gegeben.

Herr Lennertz betont grundsätzlich die positive, digitale Entwicklung der Stadt. Er stellt sich allerdings die Frage, wie, wann und wer die Priorisierung der Maßnahmen festlegt und wann Fördermöglichkeiten gesucht werden sollen.

Frau Dirks entgegnet, dass die Priorisierung der vorgestellten Maßnahmen durch die Politik – also durch den Ausschuss - festgelegt oder auch ergänzt werden sollten. Zu berücksichtigen sei die personelle und finanzielle Durchführbarkeit der Maßnahmen.

Nachfolgend meldet sich Herr Tauber und schließt sich hinsichtlich der Kritik, dass eine Priorisierung der Maßnahmen nicht zu erkennen sei an und schlägt vor, den Beschlussvorschlag entsprechend anzupassen. Weiter kritisiert Herr Tauber, dass drei Fraktionsanträge der SPD zu diesem Thema gestellt worden sind, die sich in dem Maßnahmenkatalog nicht wieder finden (2017 – digit. Bürgerportal, Antrag Digitalisierung Kultur und Ehrenamt sowie Antrag Mängelmelde-App).

Frau Dirks erläutert, dass das vorgestellte Konzept das Ergebnis der Bürgerbeteiligung darstellt und vorgenannte Themen in verschiedenen Ausschüssen zumindest schon beraten wurden und teilweise auch schon umgesetzt worden seien.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen meldet sich Herr Peter-Dosch zu Wort und teilt mit, dass die anzustrebenden Schwerpunkte zunächst durch die Verwaltung hinsichtlich der Ressourcen erfolgen sollte. Zunächst solle geprüft werden, welche Maßnahmen danach realistisch durchführbar sind.

Frau Pawliczek schließt sich hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise ihren Vorredner an. Wichtig ist der FDP Fraktion die Betrachtung der regenerativen Energien (Klimaschutz).

Abschließend fragt Herr Lennertz nach, ob die Notwendigkeit bestehe, heute einen Beschlussvorschlag für den Rat zu fassen oder ob nicht ein Beschluss zunächst ausreiche, um weiter im Ausschuss zu beraten.

Der Beschlussvorschlag wird – entsprechend der Anregungen durch die Ausschussmitglieder – wie folgt angepasst.

Beschluss:

Die vorliegende Dokumentation mit Handlungsempfehlungen und Maßnahmenkatalog wird als Grundlage für zukünftige Smart-City-Projekte zur Kenntnis genommen und die Verwaltung wird beauftragt, eine Priorisierung der Smart-City-Maßnahmen nach Prüfung von Fördermöglichkeiten vorzuschlagen – auch im Hinblick auf Machbarkeit.

Weitere Beratungen erfolgen in zukünftigen Sitzungen dieses Ausschusses.

Stimmabgabe: einstimmig

**2. Finanzausschussbericht;
hier: Entwicklung der Ergebnisplanung sowie der Investitionen im Vergleich zur Planung**

Frau Lammers erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage 1 im Ratsinformationssystem der Stadt Billerbeck) ausführlich den Finanzausschussbericht.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Finanzausschussbericht 2022 wird zur Kenntnis genommen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Geschwindigkeitsanzeigetafeln für mehr Verkehrssicherheit in Billerbeck

Hier: SPD-Fraktionsantrag vom 22.08.2022

Die Vorsitzende Frau Dirks nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage und erläutert diese.

Herr Tauber betont, dass die Steigerung der Verkehrssicherheit Priorität habe und die Anschaffung einer zusätzlichen Tafel zunächst ausreichend sei. Wünschenswert wäre, regelmäßige Auswertungen, die die Verwaltung zur Verfügung stellen möge, zu erhalten.

Der Beschlussvorschlag wird nach übereinstimmender Meinungsäußerung mehrerer Ausschussmitglieder wie folgt ergänzt.

Beschluss:

Es wird eine zusätzliche Geschwindigkeitsanzeige angeschafft. Regel-

mäßige Auswertungen der Tafeln werden dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. **Mittelverwendung der Billigkeitsrichtlinie 2.0**

Herr Messing erläutert anhand der Sitzungsvorlage die Mittelverwendung für das Jahr 2022.

Diskutiert wird seitens der Ausschussmitglieder die Anschaffung eines E-Scooters für die Verwaltungsmitarbeiter.

- Herr Lennertz (CDU) plädiert für eine Investition in LED-Beleuchtung. Die Notwendigkeit der geplanten Anschaffung des E-Scooters wird nicht unterstützt.
- Frau Pawliczek (FDP) äußert ihre Zustimmung zu den geplanten Maßnahmen.
- Herr Peter-Dosch (Bündnis 90/Die Grünen) unterstützt den Vorschlag der Verwaltung inhaltlich. Wünschenswert wäre eine vorherige Beratung über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel (Hinweis auf Pkt. 1).
- Herr Geuking (FamilienPartei) stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zu – bis auf den geplanten E-Scooter. Diese Anschaffung bedeute ein "Mehr" an motorisiertem Verkehr – kurze Wege könnten auch fußläufig oder mit dem E-Rad erledigt werden.
- Herr Rampe (SPD) teilt mit, dass seine Fraktion dem Vorschlag der Mittelverwendung insgesamt folgen kann. Verschiedene Transportmittel vorzuhalten sei durchaus sinnvoll.

Seitens der Verwaltung werden folgende Argumente für die Anschaffung des E-Scooters vorgetragen.

- Zeichen durch Vorreiter-Funktion der Verwaltung im Rahmen des Mobilitätskonzeptes - Dienstfahrten mit dem PKW können reduziert werden
- Junge Leute (Auszubildende) nutzen den E-Scooter für z.B. Botengänge
- Alternative Fortbewegungsmöglichkeiten schaffen - Versuchsballon

Hinsichtlich der von Herrn Peter-Dosch angesprochenen vorherigen Beratung über die Verwendung der Mittel aus der Billigkeitsrichtlinie führt Herr Messing aus, dass aufgrund der Zeit ein längerer Vorlauf bzw. Beratungsturnus nicht erfolgen konnte. Der Verwaltung war nicht bekannt, dass es eine Billigkeitsrichtlinie 2.0 geben würde.

Frau Lammers betont, dass bei der Haushaltsaufstellung die Mittel der Billigkeitsrichtlinie nicht berücksichtigt werden konnten, da sie nicht bekannt waren.

Frau Dirks betont, dass die Verwendung der Mittel – auch mit dem Ziel den Haushalt zu entlasten – gewählt wurden.

Herr Tauber stellt den Antrag auf Abstimmung, die sodann erfolgt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die durch die Billigkeitsrichtlinie verfügbaren Mittel wie in der Sitzungsvorlage ausgeführt zu verwenden. Für die Beschaffung der beiden Fahrzeuge sind entsprechend Förderanträge bei progres.NRW zu stellen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

5.1. Friedhofsatzung - Hundeverbotsschilder

Herr Messing teilt mit, dass die 2021 in Kraft getretene Friedhofssatzung den Zutritt auf Friedhöfen mit angeleinten Hunden erlaubt und die Hundeverbotsschilder dementsprechend demontiert worden sind.

5.2. Workshop Inklusionsbeauftragte/r - Martin Struffert

Der geplante Workshop "Inklusionsbeauftragte/r" wird am 10.12.2022 um 10.00 Uhr stattfinden. Eine Einladung wird zeitnah erfolgen. Herr Struffert bittet die Ausschussmitglieder ihre Fraktionen zu informieren.

6. Anfragen

6.1. Notfallpläne - Herr Lennertz

Herr Lennertz weist darauf hin, dass zurzeit der Kreis Coesfeld sehr massiv die Bürger anhält, Vorsorge zu betreiben bzw. Ressourcen vorzuhalten, um eventuellen Notsituationen entgegenzuwirken.

Er stellt sich die Frage, ob dieses auch auf Ebene der Stadt Billerbeck stattfindet und hinterfragt den Stand eines in 2017 gestellten Antrages in Zusammenhang mit der Flutkatastrophe, der bis heute nicht auf die Tagesordnung gekommen ist. Herr Lennertz fragt nach, inwieweit die Stadt Billerbeck vorbereitet ist, auf etwaige Szenarien wie einen Stromausfall. Gibt es Notfallpläne???

Herr Messing bestätigt, dass vorgenannte Pläne bzw. Planungen bereits existieren und teilt mit, dass in der vorangegangenen Woche eine Abstimmung auf Kreisebene stattgefunden habe, da es sich nicht um ein lokales Ereignis handele und der Kreis Coesfeld im Mangel- bzw. Ausfallszenario "Herr des Verfahrens" sei.

Bereits durchgeführt wurde ebenso eine Veranstaltung mit der Feuerwehr, um die Ressourcen zu klären und das gesamte Szenario mal

durchzusprechen, was passieren könnte, falls der Strom mal für 72 h ausfällt. Bereits zusätzlich angeschafft wurde ein Aggregat mit 80 KV, der Eigenbetrieb hat ebenso noch zwei zusätzliche Aggregate bestellt.

Die Sicherstellung der Wasserversorgung hat die Stadt Billerbeck ebenso im Blick.

Weiterhin wird über die Einrichtung von Wärmepunkten diskutiert, die eventuell im Schulzentrum erfolgen könnte – unter der Voraussetzung dieses dann solitär mit Strom versorgt werden kann.

Weiterhin betont Herr Messing, dass für den Katastrophenschutz der Kreis Coesfeld – auch im Hinblick auf die o.a. Antrag (seitens der Stadt Billerbeck wurde bereits Kontakt zum Kreisbrandmeister Herrn Nolte aufgenommen) - zuständig ist. Es besteht allerdings jetzt schon ein Krisenstab, der verschiedene Szenarien durchspielt.

Informationen an die Bevölkerung sollen ebenso auf Kreisebene erfolgen, damit jeder Bürger sensibilisiert wird.

Frau Pawliczek hinterfragt die unterschiedlichen Aussagen zur zeitlichen Komponente und der damit verbundenen Bevorratung von Lebensmittel. Die Aussagen des Kreises würden von 10 – 14 Tagen hinsichtlich eines Blackouts ausgehen – die Verwaltung jedoch rede lediglich von 72 Stunden. Diese unterschiedlichen Aussagen führen in ihren Augen zur Verwirrung.

Frau Dirks entgegnet, dass weder die Gründe noch die Dauer eines eventuellen Stromausfalls dem Kreis Coesfeld noch der Stadt Billerbeck bekannt seien – dieses mache eine genaue Bestimmung halt nicht möglich.

Auf Rückfrage von Frau Calouri im Hinblick auf die Wasserversorgung bestätigt Herr Messing, dass nach Rücksprache mit der Gelsenwasser AG die Wasserversorgung über ein Notstromaggregat sichergestellt ist – hierfür liegt eine schriftliche Bestätigung vor.

Marion Dirks
Vorsitzende

Ute Höning
Schriftführerin